

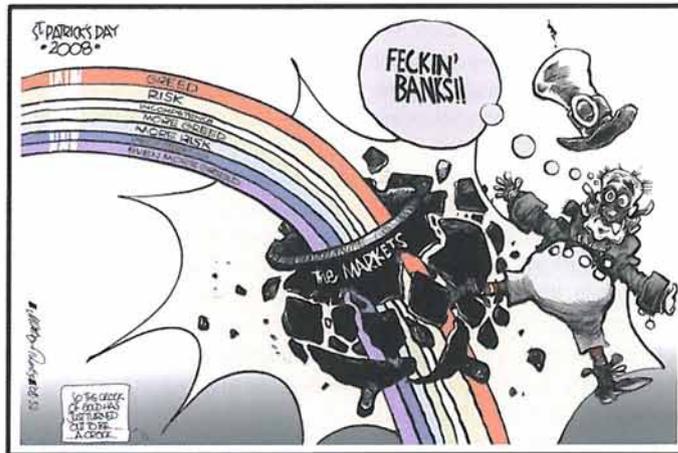
2008 – das Jahr, in dem der **Celtic Tiger** zu Grabe getragen wurde?

2009 – das Jahr des Pleitegeiers?

Rezession – Bankenkrise – Steuerloch – steigende Arbeitslosigkeit – und ein nie dagewesener Vertrauensverlust der irischen Regierung



Noch im Frühjahr 2008 hatte Brian Cowen als Finanzminister unter Bertie Ahern alles 'Gerede' von einer drohenden Finanz- und Wirtschaftskrise zurückgewiesen. Doch dann kam im Oktober das Not-Budget mit seinen radikalen Einschnitten, das die Regierung des nun zum Taoiseach avancierten Brian Cowen und seine Partei Fianna Fáil in eine beispiellose Vertrauenskrise stürzte.



Martyn Turner Cartoon in der Irish Times

Einbruch der Steuereinnahmen

Und je näher das Jahr 2008 seinem Ende zusteuerte, desto niederschmetternder wurden die Nachrichten. Die Steuereinnahmen blieben noch weit hinter den skeptischen Schätzungen zurück. Im November fehlten bereits 7,5 Milliarden Euro im Staatssäckel. Und für 2009 wurde ein noch größeres Loch vorher gesagt.

Finanzminister Brian Lenihan sprach bereits davon, daß 2009 eines der wirtschaftlich schlimmsten Jahre für Irland werden könnte. Im Senat mußte er einräumen, daß das Steuereinkommen weit gravierender geschrumpft sei als von ihm eingeschätzt. Das werde zwangsläufig, so deutete er an, 2009 zu weiteren ernsthaften Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben führen.

Drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit

Wie die statistischen Zahlen bestätigen, stieg die Arbeitslosigkeit im November dramatisch an: 17 000 mehr meldeten sich, um staatliche Hilfen in Anspruch zu nehmen. Die Arbeitslosigkeit erreichte mit 277 200 den Höchststand seit 1996. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Jahr zuvor stieg die Zahl der Empfänger von

Arbeitslosenunterstützung um 66%! Für 2009 wurden nun 10% Arbeitslosigkeit nicht mehr ausgeschlossen.

Der Zusammenbruch des Bausectors – hier allein werden bis 2011 nach Ansicht der Construction Industry Federation 55 000 Jobs verloren gehen –, die internationale Finanz- und Bankenkrise und die Wirtschaftszession, in die 2008 nicht nur Irland gerutscht ist, haben dem Celtic Tiger-Nimbus schwer zugesetzt.

Regierung Konzeptionslosigkeit vorgeworfen

Die Opposition warf der Regierung Konzeptionslosigkeit vor. Fine Gaels Finanzsprecher Richard Bruton sagte, die Regierung habe "keinen Plan, um Irland aus dieser Krise herauszuführen. Ihr hastiges Budget im Oktober war auf krümelnden Fundamenten aufgebaut, war von schlechten Entscheidungen gekennzeichnet, verließ sich auf mangelhafte Informationen und

zeigte keine langfristige wirtschaftliche Strategie auf – es verschlimmerte dadurch noch die schlechte Wirtschaftssituation.“

Auch Labours Finanzsprecherin Joan Burton sparte nicht mit Kritik: Die Entscheidung, den Haushalt vorzuziehen, zeige sich „zunehmend als kurzfristig“. Ohne die Steuerzahlen vom November (dem Termin, zu dem Selbständige ihre Steuererklärung spätestens abgeben müssen) zu kennen, habe sich die Regierung „praktisch im Blindflug“ befunden.

Celtic Tiger R.I.P.?

Wurde letztes Jahr der Celtic Tiger zu Grabe getragen – nach mehr als 15 Jahren teils fabelhafter Wirtschaftswachstumswahlen? Ist der Unterschied zwischen Island und Irland tatsächlich, wie in Dublin mittlerweile kolportiert wird, nur ein Buchstabe und sechs Monate?

Bereits Anfang des neuen Jahrhunderts war der Tiger etwas ins Straucheln geraten. Aber er erholte sich wieder. Die Regierung scheint immer noch darauf zu hoffen, daß die Rezession Ende dieses Jahres überwunden sein wird, und prophezeit erneutes Wirtschaftswachstum ab 2010. Also doch nur eine Auszeit für den Tiger? Hat der Pleitegeier ihm den Rang abgelaufen?

Diesmal scheint die Malaise von anderem Kaliber zu sein. Rezession in der Eurozone, in Amerika und in Großbritannien; die internationale Finanzkrise – der

von vielen vorher gesagte Kollaps des Baubooms – man wird erst in ein paar Jahren sagen können, ob der Tiger nur eine extreme Auszeit genommen hat, oder ob er seit 2008 in Frieden ruht.

Dezember '08 Ministerin Mary Harney kündigt „ernste Einschnitte“ im Gesundheitsbudget an

Am gleichen Tag, an dem Finanzminister Brian Lenihan ein 10-Milliarden-Euro-Programm zur Rekapitalisierung der irischen Banken ankündigte, warnte Gesundheitsministerin Harney, daß im nächsten Jahr „ernsthafte Einschnitte“ im Gesundheitswesen „unvermeidlich“ seien. Die Regierung sei unter enormem finanziellen Druck und „bereit“ für harte Beschlüsse, denn nur eine große nationale Anstrengung könne mit der Situation fertig werden.



Mary Harney

„Um den Service im nächsten Jahr aufrechtzuerhalten“, so die Ministerin Mitte Dezember, „wird es ernsthafte Einsparungen geben müssen – beim Personal, bei

den Überstunden, auf allen Ebenen, ob bei den Assistenzärzten oder den Schwestern.“ Es werde Gespräche mit den Gewerkschaften geben, und sie hoffe, alle Seiten würden ihren Teil dazu beitragen, daß sich an der Praxis etwas ändert, um effektive Dienstleistungen für die Menschen zu gewährleisten.

Einschnitte in allen Ministerien

Wenn erst die Kommission berichten werde, die beauftragt sei, Sparpotentiale zu orten, würden nach dem Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen Einschnitte in allen Ministerien unumgänglich sein, so die Ministerin weiter.

Eine außerordentliche Kabinettsitzung beriet auch Pläne, das nationale Schulbauprogramm zu beschleunigen, Wärmeisolierung für Wohnungen zu fördern und Steuererleichterungen für Geschäftsgründer während der Rezession einzuführen. Allerdings dämpfte der Finanzminister die Erwartungen. Die für das nächste Jahr vorgesehenen acht Milliarden im nationalen Entwicklungsplan müßten als Finanzspritze ausreichen.

Cowens 500-Mio.-Euro-Plan ‘Building Ireland’s Smart Economy’

Bei der Vorstellung am 18. Dezember im Dubliner Castle räumte Taoiseach Brian Cowen ein, daß der 524-Punkte Plan ‘Building Ireland’s

Smart Economy’ weder eine “Wunderkur” sei noch radikal neue Ideen enthalte. Es gebe keine “schmerzf freien Abkürzungen” aus der gegenwärtigen Finanzkrise. Der Plan enthalte aber einen “grünen Vertrag” und Vorschläge, um Irland zu einer “Innovationsinsel” zu machen. Vor allem gehe es darum, aufzuzeigen, wie der nationale Entwicklungsplan und das Investitionsprogramm trotz des wirtschaftlichen Abschwungs umgesetzt werde.



*Gehörig unter Druck:
Taoiseach Brian Cowen*

Innovationsfond

„Wir werfen nicht unser ganzes Rahmenprogramm über den Haufen“, sagte Cowen: „Wir müssen es anpassen an die neue Wirtschaftslage, denn ursprünglich ging der Rahmen von vier Prozent Wirtschaftswachstum aus. Das ist nicht länger realistisch.“ Wie wahr – für 2008 standen am Ende fast vier Prozent Minuswachstum zu Buche!

Kernpunkt des 101-Seiten Papiers ist ein ‘Innovationsfond’ im Wert von 500 Mio. Euro, der vor allem kleineren Unternehmen helfen soll. Daneben soll es Steueranreize für Firmengründer geben,

die sich im Bereich neuer Technologien und neuer Produkte engagieren. Außerdem soll die Produktion alternativer Energien gesteigert werden.

Cowen bemerkte auch, daß der Sinkflug des britischen Pfunds gegenüber dem Euro sich negativ auf die irische Exportindustrie auswirke. Trotz all dieser Schwierigkeiten werde seine Regierung am Investitionsprogramm für die Infrastruktur festhalten.

Die wichtigsten Punkte des Programms:

- Bis zu 500 Mio. Euro für den 'Innovation Fund Ireland' für Forschung und Entwicklung in kleineren Unternehmen.

- Steuererleichterungen für Firmengründer auf dem Feld neuer Technologien und Produkte.

- Vermarktung Irlands als 'The Innovation Island', attraktiv für Investoren.

- Die Irish Development Agency (IDA) soll sich vor allem um Auslandsinvestoren in den Life Sciences und im Informatik- und Technologiesektor bemühen.

- Bis 2020 sollen 40% des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt werden.

- Ein landesweites Wärmedämmungsprogramm für 25 000 Wohnungen in Höhe von 30 Mio. Euro wird aufgelegt.

- Infrastrukturprojekte im Bereich 'Transport 21' werden priorisiert – fünf Autobahnverbindungen zwischen den irischen Städten; Entwicklung des atlantischen Straßenkorridors; Verstärkung der Kapazität im öffentlichen Verkehr.

- Der öffentliche Dienst soll effizien-

ter und kleiner werden.

- Handels- und Touristikbeziehungen mit neuen und sich schnell entwickelnden Märkten sollen ausgebaut werden.

Opposition enttäuscht

Die Opposition zerrupfte das von Taoiseach Brian Cowen vorgelegte Programm – es sei nicht aktiv genug, enthalte kaum neue Ideen und scheue vor schwierigen Entscheidungen zurück. Richard Bruton, finanzpolitischer Sprecher von Fine Gael, nannte das ganze eine "Neuverpackung bereits existierender Vorhaben".

Er sah unmittelbaren Entscheidungsbedarf in wichtigen Fragen:

- Rekapitalisierung der Banken
- Suspendierung des Lohnabkommens
- Ein Auffangprogramm für im öffentlichen Dienst freigesetzte Arbeitskräfte
- Umkehr der Mehrwertsteuererhöhung
- 500 Mio. Gewinnabgabe der Stromerzeuger
- Steuererleichterungen für Unternehmer, die neue Arbeitskräfte einstellen.

"Kessel Wiederaufgewärmtes"

Auch Labours Finanzsprecherin Joan Burton fand den Plan zutiefst enttäuschend: „Ein Kessel von 100 Seiten Wiederaufgewärmtes, gewürzt mit ein paar vagen Absichtserklärungen.“ Sie vermißte Führung, und zumindest "ein bißchen Aktion." Die Re-

gierung sei trotz der akuten tiefen Krise immer noch, "auch jetzt noch, einen Report von einer Entscheidung entfernt."

Auch die Presse zeigte sich wenig angetan. "Airy-fairy" kommentierte die *Irish Times* und nannte die Medienreaktion auf die Taoiseach-Ankündigungen "auf der feindlichen Seite von unenthusiastisch."



Richard Bruton, Fine Gael

"Mißachtung des Parlaments"

Außerdem reagierten die Oppositionsparteien erbost, daß die Ankündigung des Taoiseach nicht im Dáil erfolgte, sondern in Dublin Castle. „Mißachtung des Parlaments“, lautete der Vorwurf. Zumal der 18. Dezember der letzte Sitzungstag war, bevor sich die Abgeordneten in ihren sechswöchigen Weihnachtsurlaub verabschiedeten. Zwar versuchte die Opposition per Antrag, die Parlamentspause auf 7. Januar zu verkürzen, zog aber bei der Abstimmung den kürzeren. Regierung und Taoiseach würden sich vor der Auseinandersetzung im Dáil fürchten, so Fine Gael-Chef Enda Kenny.

Januar '09 Neues Jahr – neue Hiobsbotschaften:

Steuerloch nun acht Milliarden Rezession kann fünf Jahre dauern

Wer zum Jahreswechsel noch an der Tragweite der Finanzkrise zweifelte, wurde im Januar durch ein Trommelfeuer katastrophaler Nachrichten eines schlechteren belehrt. 2009 begann mit heftigen Hiobsbotschaften.

Im Oktober hatte Finanzminister Brian Lenihan noch eine Steuerlücke von 6,5 Milliarden Euro ausgemacht – am 4. Januar trat Taoiseach Brian Cowen vor die Presse mit der Ankündigung, daß sich das Steuerloch am Ende des Jahres 2008 auf acht Milliarden ausgeweitet habe. Ende 2007 war das Steueraufkommen noch um 1,8 Milliarden hinter den Erwartungen zurück geblieben. Zusammen mit der Kreditaufnahme von fünf Milliarden ergibt dies am Beginn von 2009 ein alarmierendes Haushaltsdefizit von 13 Milliarden Euro.

Lohnabkommen unter Druck

Brian Cowen signalisierte, daß eine ganze Reihe von "schmerzhaften Maßnahmen" eingeleitet werden müßten, um der rapiden Verschlechterung der öffentlichen Finanzen entgegenzuwirken. Würde jetzt nicht drastisch korrigiert, könne das Haushaltsdefizit bis 2010 auf 20 Milliarden ansteigen, warnte der Regierungschef.

Was er unter "corrective action" versteht, umriß er so:

- Weitere Steuererhöhungen
- Einfrieren der Löhne und Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst
- Verschiebung des nationalen Lohnabkommens

Kollisionskurs mit Gewerkschaften

Damit steuerte Brian Cowen auf Kollisionskurs mit den Gewerkschaften. "Es ist nicht sinnvoll für unser Land," sagte er, "zuzulassen, daß dieser Grad an Verschuldung und Kreditaufnahme sich über die kommenden Jahre fortsetzt." Verschlechterungen im Lebensstandard und gedämpfte Ansprüche und Erwartungen seien notwendig. Und es könne, wie er bereits in einem Interview mit der *Irish Times* am 3. Januar ausgeführt hatte, fünf Jahre dauern, bis die Rezession überwunden sei. „Alles steht zur Debatte," betonte er, "das gilt für alle Ausgabenposten." Er wolle "alle Aspekte" mit den Sozialpartnern diskutieren.

Die Gewerkschaften reagierten sofort: sie würden sich jeder Verschiebung der im Lohnabkommen vorgesehenen Lohn- und Gehaltserhöhungen und Entlassungen energisch widersetzen. Der Gewerkschaftssekretär Blair Horan sagte, das erst vier Monate zuvor unter großen Schwierigkeiten ausgehandelte Lohnabkommen sei "sakrosankt". Es sei vor allem für Bezieher von Niedrigeinkommen wichtig, und er sehe nicht, wie daran gerüttelt werden könnte.

Unausgegoren

Fine Gael bezichtigte die Regierung, von einem unausgegorenen Plan zum nächsten zu stolpern. Da seien zunächst die Ausgabenkürzungen des letzten Sommers gewesen, dann das vorgezogene Not-Budget, dann der nationale Plan zur wirtschaftlichen Erholung im Dezember.

"Wir wollen von der Regierung hören, welche Strategie sie hat, um einen Weg aus den Schwierigkeiten zu finden," so der finanzpolitische Sprecher von Fine Gael, Richard Bruton, "stattdessen sitzt sie auf ihren Händen und redet davon, daß alles zur Debatte stehe." Es sei tragisch, aber die Menschen hätten inzwischen das Vertrauen in die Fähigkeiten von Brian Cowen verloren, die Wirtschaftskrise zu meistern. Es fehle an Führungsqualität – "sie reden vage und generell von Patriotismus und von einer smarten Wirtschaft, aber hinter den Modeworten steckt keine Substanz."



Joan Burton, Labour

Joan Burton von der Labour Party forderte eine Sondersitzung des Dáil, um die Finanz- und Wirtschaftskrise zu beraten, nachdem der Steuereinkommenbruch nun auf 8 Milliarden angestiegen sei. Der Finanzminister müsse dem Parla-

ment gegenüber eine Erklärung abgeben. Es sei "absurd", daß Ministerien das Jahr mit veralteten Daten begännen, die in keiner Weise die finanziellen Realitäten reflektierten.

Wahlen

Nach dem Tod von Seamus Brennan TD im letzten Jahr und von Tony Gregory TD zu Beginn dieses Jahrs stehen dem Taoiseach zunächst zwei Dáil-Nachwahlen ins Haus. Sollten sie schlecht für Cowens Fianna Fáil ausgehen, würden sie die Position des Taoiseach weiter schwächen – und wären ein ominöses Vorzeichen für die weiteren Wahlen, die dieses Jahr noch anstehen: die Europa- und Kommunalwahlen im Juni – und das EU-Referendum, voraussichtlich am 29. Oktober 2009.

Vielleicht werden die Nachwahlen erst mit den Europa- und Kommunalwahlen gemeinsam abgehalten, was ihre Auswirkungen auf die Position des Taoiseach abschwächen könnte (obwohl Labours Éamon Gilmore diese Verzögerungstaktik durch einen Parlamentsbeschluß durchkreuzen will). Aber mit Brian Cowen als gebrandmarktem 'Loser' in die entscheidende Kampagne für ein Ja-Votum beim zweiten Lissabon-Referendum zu ziehen, könnte für Fianna Fáil ein Risiko zuviel darstellen.

Und im Hintergrund schwelt immer noch die Hoffnung der Opposition, daß die Regierungskoalition unter der Krisenbelastung auseinanderbrechen wird und Neuwahlen zum Dáil ausgerufen werden. All das vor dem

Hintergrund des riesigen Defizits und harter Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben. Selbst eingefleischte Optimisten gehen zu Beginn des Jahres davon aus, daß in den kommenden zwölf Monaten weitere 100 000 Arbeitslose die Schlangen bei den Arbeitsämtern verlängern werden.

Unmut und Austritte bei den Grünen

Die Kommunalwahlen im Juni könnte für die Grünen zu einer schweren Probe werden. Immer deutlicher wird die Kritik an der Basis über die Rolle der Grünen in der Regierung Cowen. Im Januar gab es gleich zwei Rücktritte prominenter Grünen-Kommunalpolitiker.



Die Dubliner Stadträtin Bronwen Maher mit Parteichef John Gormley – als man noch gemeinsam Wahlkampf machte.

Zunächst erklärte Chris O'Leary, Mitglied des Stadtrats von Cork, seinen Parteiaustritt. Tags darauf folgte Kollegin Bronwen Maher aus Dublin seinem Beispiel. Sie hatte der grünen Partei zwanzig Jahre lang angehört. Beide be-

gründeten ihren Schritt mit ihrer Unzufriedenheit über die Haltung der Grünen in der Koalition mit Fianna Fáil. Sie könnten das Verhalten der Parteispitze nicht weiter nach außen und gegenüber der Parteibasis vertreten, sagten sie, und kündigten gleichzeitig an, daß sie bei den kommenden Wahlen als unabhängige Kandidaten antreten werden.

Ende Januar schloß sich der ehemalige energiepolitische Sprecher der Grünen im Westen, Andy Wilson, den Rebellen an. Auch er kündigte an, im Juni als unabhängiger Kandidat in den Kommunalwahlkampfziehen zu wollen. Er sei "desillusioniert" über die Grünen, die eine untragbare Wirtschaftspolitik der Regierung unterstützten.

Die ehemalige Europaabgeordnete der Grünen, Patricia McKenna (die sich mit dem Gedanken trägt, die Grünen zu verlassen), sagte Ende Januar, die Partei befinde sich "im freien Fall".

Anglo Irish Bank verstaatlicht

Irlands Pleitebank gehört jetzt den Steuerzahlern. Ein dramatischer Vertrauensverlust in die Anglo Irish Bank drohte, das irische Bankensystem in eine noch tiefere Krise zu stürzen. Einleger hatten in den Wochen rund um den Jahreswechsel massiv ihr Geld aus der Bank abgezogen. Da blieb die Regierung nur die ultimative Notbremse.

Wieviel diese Verstaatlichung den irischen Steuerzahler kosten werde, könne er nicht sagen, sagte Finanzminister Brian Lenihan, "aber wir hatten keine andere Wahl." Ähnlich äußerte sich Taoiseach Brian Cowen, der während der Krise auf Handelsmission in Japan zugange war.



Kredite verheimlicht

Die Bank hatte Mitte Dezember Schlagzeilen gemacht, als der Chef der Anglo Irish Bank, Seán FitzPatrick, am 18. Dezember zurücktrat, nachdem er Kredite im Wert von, wie es damals hieß, 87 Mio. Euro verheimlicht hatte. Auch die Vorständler Lar Bradshaw und David Drumm mußten ihren Hut nehmen. Gleichzeitig übernahm der irische Staat damals 75 Prozent der Bank – was bereits einer Quasi-Verstaatlichung gleichkam.

Irland muss frische Milliarden in zwei Banken pumpen

DUBLIN – Die irische Regierung pumpt weiter Milliarden in die strauchelnden heimischen Banken. Die beiden Institute Allied Irish Banks (AIB) und Bank of Ireland erhielten jeweils 3,5 Mrd. Euro. Nach dem Plan sollen in diesem Jahr auch Bonuszahlungen komplett gestrichen und die Gehälter von Topmanagern um ein Drittel gekürzt werden. Finanzminister Brian Lenihan sagte, die Regierung wolle AIB und die Bank of Ireland nicht übernehmen. Stattdessen werde der Staat Vorzugsaktien halten, die in fünf Jahren zu einem günstigen Preis gekauft werden könnten. Der Staat darf künftig auch ein Viertel der Vorstände in beiden Banken auswählen. Zudem bekommt die Regierung für die Vorzugsaktien eine Jahresdividende von acht Prozent. Im Gegenzug für die Finanzspritze sollen unter anderem Hausverpfändungen für ein Jahr ausgesetzt und mehr Kredite vergeben werden. Die Großbank Anglo-Irish Bank wurde bereits verstaatlicht. *dpa*

FAZ vom 13.02.2009

Die *Financial Times* nannte Irland daraufhin eine "Bananenrepublik" – was Finanzminister Brian Lenihan auf die Palme trieb: Irland sei genauso wie andere Länder von der internationalen Finanzkrise betroffen, selbst die *FT* würde das sehen, wenn sie sich den Sand aus den Augen reiben würde.

Anfang Januar trat dann mit William McAteer ein weiterer Direktor der Bank zurück. Auch der oberste Finanzaufseher Irlands, Patrick Neary, räumte seinen Sessel, nachdem er massiv dafür ins Kreuzfeuer genommen wurde, daß er die Unregelmäßigkeiten

bei der Anglo Irish Bank, die immerhin über acht Jahre hinweg vorgefallen waren, nicht früher entdeckt hatte.



Einzigste Chance

Die Regierung, so Lenihan, werde nun einen Assessor für die Bank bestimmen, der herausfinden solle, welchen Wert sie noch darstellt. Aber es gebe keine Garantien, daß die Aktienbesitzer nach dem Gutachten auch nur einen Heller erhalten. Seit dem Morgen des 16. Januar ist die Anglo Irish nicht mehr an der Börse in Dublin und London notiert.

Die Verstaatlichung sei die einzige Chance gewesen, so Lenihan, um die Bank, die Kredite im Wert von über 100 Milliarden Euro in ihren Büchern stehen hat und deren Aktienkurs im letzten Jahr von elf Euro auf zwölf Cents zusammenbrach, lebensfähig zu erhalten.



Finanzminister Brian Lenihan

Für die finanzpolitische Sprecherin der Labour Party, Joan Burton, war die Nationalisierung der

Bank nicht nur ein "verhängnisvoller Schritt" für die irischen Steuerzahler, sie schädige auch das internationale Ansehen Irlands, weil sie ein weiteres Zeichen dafür sei, wie die Regierung "von einer Krise in die andere stolpert." Sie forderte erneut eine sofortige Einberufung des Dáil.

Fünf Direktoren nehmen Hut

Fünf weitere Direktoren der Anglo Irish Bank überreichten dem Vorstand der Bank, Donald O'Connor, am Montag, den 19. Januar, ihr Rücktrittsschreiben: Noel Harwerth, Anne Heraty, Michael Jacob, Gary McCann und Ned Sullivan. In ihrem Brief sagten sie, daß dieser Schritt dem Finanzminister die Möglichkeit gebe, neue Vorstandsmitglieder zu berufen, sobald die Verstaatlichung abgeschlossen sei.

Die Regierung sah sich zunehmender Kritik ausgesetzt, nachdem sie im letzten Augenblick die Gesetzesvorlage zur Verstaatlichung abänderte. Ursprünglich war vorgesehen, daß die Einlagen von Geschäftsleuten mit mehr als 20 Millionen Schulden bei der Bank eingefroren würden. Davon war dann plötzlich nicht mehr die Rede. Labour fragte, ob hier Bauunternehmer und Geschäftsleute ihren Einfluß auf die Regierung geltend gemacht hätten.

Gleichzeitig kam heraus, daß Bankchef Seán FitzPatrick nicht nur 87, sondern 122 Millionen Euro an Krediten vor den Aktionären der Bank verheimlicht hatte.

'Bananenrepublik' oder 'Wilder Westen'?

Irische Aktien stürzten am 19. Januar – 'Blue Monday', dem angeblich deprimiersten Tag des Jahres – um 7%, nachdem der Aktienkurs der Anglo Irish Bank 98% seines Marktwertes verloren hatte. Die Panik traf vor allem den Kurs der Banken: die Allied Irish Bank (nicht mit der Anglo Irish Bank zu verwechseln) und die Bank of Ireland stürzten ab: AIB-Aktien waren nur noch 60 Cent wert (60% Verlust), Bol-Aktien fielen sogar um 80% – auf das Rekordtief von 34 Cents!

Zur Rekapitalisierung will die Regierung durch Erwerb von Vorzugsaktien in jedes der beiden Institute zwei Mrd. Euro investieren. Nicht zuletzt wurde der erneute dramatische Vertrauensverlust in die Banken darauf zurück geführt, daß die Royal Bank of Scotland just am 'Blue Monday' verkündete, im letzten Jahr einen Rekordverlust von £ 28 Mrd. (ca. 31 Mrd. Euro) eingefahren zu haben.

Ob nun eine 'Bananenrepublik', wie es die *Financial Times* nannte, oder "Wilder Westen der europäischen Finanzen", wie schon 2005 die New York Times Irland betitelte, das Vertrauen in das irische Bankensystem, in die irischen Staatsfinanzen und in die Regierung ist zutiefst erschüttert.

Zwei Jahre Rezession?

Zu dem Ergebnis kam auch eine am 30. Januar veröffentlichte Umfrage, nach der 74% der Be-

fragten die Wirtschaftspolitik der Regierung als "sehr schlecht" bzw "ziemlich schlecht" beurteilten – 11% mehr als noch im September. Nur 10% fanden die Politik der Regierung "gut" (ein Minus von 5 %). 56 % glauben, daß die Regierung dieses Jahr nicht überleben werde und Neuwahlen ausgerufen werden müssen. Und 79% befürchteten, daß im nächsten Jahr die Steuern erheblich steigen werden.

In Dublin begannen Ende Januar entscheidende Gespräche mit den Sozialpartnern über das nationale Lohnabkommen. Gleichzeitig prophezeite die irische Zentralbank, daß die Rezession in Irland zwei Jahre andauern werde. Taoiseach Brian Cowen jette derzeit nach Davos, um beim dortigen Weltwirtschaftsforum für Irland als Investitionsstandort zu werben ...

Februar '09

"Jobs, Jobs, Jobs"

57 000 mehr Arbeitslose im Januar

Taoiseach Brian Cowens

2-Milliarden-Sparprogramm riskiert Zoff mit Gewerkschaften

Der irische Regierungschef schloß Anfang Februar einen Anstieg der Arbeitslosenzahl in diesem Jahr auf 400 000

nicht mehr aus. Ende Januar waren es knapp 328 000 – die höchste Zahl seit 1967, als die Statistik erstmals erhoben wurde.

Gleichzeitig ließ es Taoiseach Brian Cowen mit der Verkündung eines zwei-Milliarden-Euro Sparpakets für 2009 auf einen Krach mit den Gewerkschaften ankommen. Im Januar gingen die Steuereinnahmen um fast 20 % zurück – ein neues 750-Mio. Loch in den Staatsfinanzen!



Gewerkschafter David Begg

Rentenabgabe

Die Gewerkschaften hatten sich bis zuletzt gegen eine Abgabe auf die Pension von 370 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst gewehrt und drohten nun mit Streikaktionen. Die Maßnahme soll mehr als 1,4 Milliarden Euro im Jahr einsparen. Ein Angestellter im öffentlichen Dienst, der 15 000 Euro im Jahr verdient, muß nach den Plänen zusätzliche 450 Euro (oder 3 % des Einkommens) für seine Rente einzahlen. Bei einem Jahreseinkommen von 45 000 Euro beläuft sich die Abgabe auf zusätzliche 3250 Euro (7,2%), bei 80 000 Euro 6750 Euro oder 8,4% des Einkommens. Wer 300 000 Euro einstreicht, muß 28 750 Euro zusätzlich berappen (9,6%).

An dieser Abgabe scheiterten letztlich die Gespräche zwischen den Sozialpartnern und der Regierung am 4. Februar um 4 Uhr morgens. Trotzdem lies Brian Cowen das Paket vom Dáil beschließen. Er warnte, daß Streiks niemandem nützten und insistierte, daß das Konzept der Sozialpartnerschaft nicht passé sei.

Die Regierung, so Cowen weiter, werde außerdem die Lohnerhöhungen, wie im Lohnabkommen vom letzten September festgelegt, nicht bezahlen. 95 Mio. Euro sollen bei der Entwicklungshilfe abgeknappt werden. Das Kinderbetreuungsgeld wird um 100 Euro gekürzt und auf Kinder unter fünf Jahre beschränkt – Einsparung: 77 Mio. Betroffene: 30 000 Kinder. Bonuszahlungen an Top-Beamte würden abgeschafft: Ersparnis 5 Mio Euro. Aber lehnte es erneut ab, auf die Grünen-Forderung nach Reduzierung der Zahl der Staatssekretäre einzugehen. Sie alle hätten in der Krise ihre Arbeit zu leisten, betonte er.

Revolution

David Begg, der Generalsekretär des Irish Congress of Trade Unions (ICTU) hat bereits eine "Revolution" der unteren Lohngruppen angekündigt. SIPTU-Chef Jack O'Connor gab zu Protokoll, daß der Arbeiterschaft bei den Gesprächen von der Regierung keine "greifbaren Angebote" gemacht worden seien, und daß nun die Arbeiter die Krise auslöffeln müßten. Es gehe nicht um eine Rentenabgabe, dies sei eine "Lohnkürzung".

Nach Monaten des Zögerns, der Verschleierung und des Sich-Wei-

gerns, den Tatsachen ins Auge zu sehen, so Oppositionsführer Enda Kenny vor der Presse, habe die Regierung nun ein "Heftpflaster" hervor gezaubert, das bereits von den Sozialpartnern verworfen worden sei. Die Zahl der Arbeitslosen sei "katastrophal". Labours Eamon Gilmore sagte, die Arbeiter hätten das Problem nicht geschaffen, müßten jetzt aber das Gros der Lasten tragen.

Lebensstandard wird um zwölf Prozent sinken

Brian Cowen hält dagegen, daß die von ihm ins Parlament eingebrachten Sparmaßnahmen unabdingbar seien, um den Abwärtstrend der irischen Wirtschaft aufzufangen und die Staatsfinanzen zu konsolidieren. In einer freien, leidenschaftlichen Rede vor der Dubliner Handelskammer am 5. Februar appellierte der Taoiseach an die Iren, die Ärmel aufzukrempeln und an einem Strick zu ziehen, um die Krise zu bewältigen. Ja, es sei ein Rückschlag, und der Lebensstandard in Irland werde in den kommenden Jahren um 10-12% zurück gehen. Aber die jetzige Generation habe sehr gute Zeiten gehabt und sei besser gewappnet als frühere Generationen, um mit den Turbulenzen fertig zu werden.



Taoiseach Brian Cowen in voller Fahrt

Die globale Finanzkrise werde eine Rückkehr zu den Superwachstumsraten der letzten Jahre wohl nicht zulassen, aber mit gemeinsamer Anstrengung könne die Wirtschaft wieder wachsen. Arbeit müsse billiger werden, es müsse trotz knapper Kassen in die Infrastruktur des Landes investiert werden, in Bildung und Erziehung, in Innovation. "Jobs, Jobs, Jobs", sei die Priorität für Wirtschaft und Regierung in den kommenden Monaten und Jahren, sagte er – an einem Tag, an dem wieder 900 Arbeitsplätze auf der Insel verloren gegangen waren. Er bekräftigte sein Festhalten an den Prinzipien der Sozialpartnerschaft. Und er betonte, dass Irlands Zukunft nicht ohne Europa zu meistern sei.

Während Cowen von den 500 Gästen der Handelskammer mit einer 'standing ovation' gefeiert wurde, war die Resonanz der Gewerkschaften merklich kühler. Es werde erheblich mehr erfordern, als "woolly words", so SIPTU-Gewerkschaftsführer Jack O'Connor, "Um den sozialen Zusammenhalt in den schwierigen Zeiten, die wegen des krasen ökonomischen Mißmanagements der Regierung über die letzten zwölf Jahre nun vor uns liegen, aufrecht zu erhalten." Fakt sei, "daß das Sparpaket des Regierungschefs nur denen Schmerzen bereite, die für andere ihrer Arbeit nachgehen, während den Reichen kein Cent abverlangt wird."

Freitag, der 13.

Für Fianna Fáil:

Erstmals liegt Labour vor der Regierungspartei

Da half auch die fulminante Rede des Taoiseach nichts. Die jüngste, am Freitag, den 13. Februar veröffentlichte Umfrage der Irish Times zeigte ein katastrophales Resultat für die Regierungspartei Fianna Fáil. Erstmals, seit solche Umfragen erhoben werden, lag Labour vor Fianna Fáil. Der Zuspruch für die Partei des Regierungschefs hat sich demnach seit den Wahlen fast halbiert. Seit der letzten Umfrage im November 2008 konnte Eamon Gilmores Partei 10% zulegen, Fianna Fáil dagegen büßte weitere 5% ein.

Zwei Drittel für Regierungswechsel

Fast zwei Drittel der Befragten (62 Prozent) befürworteten einen Regierungswechsel. Gar 82 Prozent drückten ihre Unzufriedenheit mit der Regierung aus. 79 Prozent der Grün-Wähler sind mit der Arbeit der Regierung überhaupt nicht zufrieden.

Obwohl Fine Gael-Chef Enda Kenny seit der letzten Umfrage drei Prozentpunkte verloren hat, liegt er immer noch sechs Prozent vor Taoiseach Brian Cowen. Eamon Gilmore dagegen konnte noch einmal sechs Punkte draufpacken und liegt nun mit 44 Prozent unangefochten an der Spitze der Popularitätsskala. Er kommentierte: "Es fällt schwer zu sehen, wie eine Regierung mit sol-

FINE GAEL
32% -2

LABOUR
24% +10

FIANNA FÁIL
22% -5



chen Umfragewerten die Autorität haben soll, in diesen schwierigen Zeiten zu regieren und die notwendigen, schwierigen Entscheidungen zu treffen.“

Sechs Prozent Minuswachstum

Und die Prognosen werden immer düsterer. Hatte die irische Zentralbank im Januar noch von 4,7 Prozent Kontraktion der Wirtschaft für 2009 gesprochen, gingen Mitte Februar Goodbody Stockbrokers von -6 Prozent Wachstum des Bruttosozialprodukts aus. Der wirtschaftliche Abschwung gewinne an Fahrt – die Arbeitslosigkeit werde auf 12,6 Prozent ansteigen, d.h. die 400 000er Marke werde bis Ende des Jahres überschritten.



Der Konsum werde um sieben Prozent zurückgehen; das Haushaltsdefizit in diesem Jahr auf zwölf Prozent, und im nächsten auf 15 Prozent ansteigen und damit in der Eurozone deutlich an der Spitze liegen.

Um den kollabierenden Banken beizustehen, hat die irische Regierung Garantien in Höhe von 220 Prozent des jährlichen Wirtschaftsaufkommens des Landes gegeben. Allein im Februar erhielten die Allied Irish Bank und die Bank of Ireland je 3,5 Milliarden Euro an Steuergeldern, um sie vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Die Kredite irischer Banken belaufen sich auf das 11-fache der irischen Wirtschaftskraft. Wie der *Guardian* schrieb, wäre eine mögliche Lösung, daß Deutschland über einen Spezialfonds der Europäischen Zentralbank irische Staatsschulden in Milliardenhöhe aufkaufen würde.

Nationaler Entwicklungsplan wird abgespeckt

Da der Nationale Entwicklungsplan auf der Basis von 4 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr konzipiert gewesen sei, so Bri-

Der keltische Tiger: Reiche Wirtschaft, arme Iren

von Michael Dauderstädt

Die irische *success story* verdient nähere Beachtung. Ließen sich nämlich seine Erfolgsbedingungen verallgemeinern, so hätten die neuen, noch ärmeren Kandidaten aus Mittel- und Osteuropa ein Modell, an dem sie sich orientieren könnten.

Irlands abhängiges Wachstum

Irlands Wachstum lag zwar über Jahrzehnte über dem EU-Durchschnitt, doch nicht im auf-
fälligen Umfang. Erst in den 90er Jahren nahm das Wachstum kräftig zu und lag um mehrere Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. In diesem Zeitraum übertraf die Wachstumsdifferenz mit 1,9% deutlich die in der Literatur (z.B. Robert J. Barro und Xavier Sala-i-Martin, *Convergence across States and Regions*; *Brookings Papers on Economic Activity* I: 1995, S. 497 f&J häufig als Standardwert für Konvergenzmaße erfassten, 2%.

Tabelle 1:
Wachstumsraten Irlands und
der EU im Vergleich

Jahr	Irland	EU	Differenz
1971-1990	4,7	3,0	1,7
1981-1990	3,6	2,4	1,2
1991-2000	6,6	2,0	4,6
1991	1,9	1,7	0,2
1992	3,3	1,2	2,1
1993	2,6	-0,4	3
1994	3,5	2,5	1
1995	9,3	2,4	7,1
1996	7,7	1,6	6,1
1997	10,7	6,2	4,5
1998	8,9	2,7	6,2
1999	8,1	2,3	6
2000	7,3	3,4	3,9
2001	6,2	3,1	3,1

Quelle: EU Kommission
„Europäische Halbjahresberichte“ (HJZ), 2009

Was hat diesen plötzlichen Wachstumsschub bewirkt? Nur zwei der üblichen fünf Verdächtigen, von denen die ersten drei anzufordernd waren, die beiden letzten nachfolgend erwiesen sich im irischen Fall als tatsächlich wirkungsmächtig:

1. Mehr Einsatz von Kapital.
Die irische Sparquote war – im Gegensatz zu asiatischen Ländern – nicht besonders hoch (bis

10/11, 2.06. **Irland Journal** 87

Große Resonanz hatte dieser vierseitige Beitrag von Michael Dauderstädt (von der Friderich Ebert-Stiftung) bei unseren Leserinnen und Lesern gefunden – abgedruckt im *Irland Journal* 2.06. Hatte er doch beispielsweise mit folgender Erkenntnis geendet.

Zur Zeit des damaligen (vermeintlichen) Höhepunkts wirtschaftlicher Prosperität schrieb er: „Damit zählt Irland im BSP-Vergleich schon wieder zu den ärmeren Ländern...Denn Irland zahlt einen hohen Teil seines Volkseinkommens an Ausländer“...

Internet-Kundigen steht der Text auf unserer Internetseite www.irland-journal.de zum Download zur Verfügung.

Anderen Interessenten senden wir eine Fotokopie zu, am liebsten in einem rückfrankierten und bereits adressierten Umschlag. Der wäre dann (in einem zweiten Umschlag) zu schicken an :
Irland Journal - Redaktion
Niederfeldweg 5
47447 Moers

an Cowen, werde er nicht in der verabschiedeten Form umgesetzt werden können. Aber er wies die Forderung Enda Kennys zurück, den Plan ganz aufzugeben, da er mit "unerreichbaren Zielen" gespickt sei.

Es werde nach wie vor wichtige Investitionen im Bildungsbereich und für Forschung und Entwicklung geben; auch würden alle Anstrengungen unternommen, um eine "smart economy" zu fördern und damit nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen.

Positiver Nebeneffekt

Aber nicht alle Nachrichten sind vom Übel. Beispielsweise wird Irland dank des wirtschaftlichen Sturzflugs die angestrebten Ziele des Kyoto-Abkommens nun doch erfüllen können. Weniger Produktion – weniger Ausstoß an Kohlendioxid.

Wie Prof. Frank Convery vom University College Dublin berechnet hat, würde der für 2012 angestrebte Richtwert nun wahrscheinlich sogar unterschritten. Damit spare Irland etwa 300 Mio. Euro, die es sonst als Ausgleichszahlungen zu leisten gehabt hätte.

Buchmacher tippen bereits auf den nächsten Tiger

Nein, die irischen Buchmacher haben nicht den nächsten Wirtschaftsaufschwung im Visier, wenn sie 50/1-Wetten auf den nächsten Tiger anbieten. Es geht dabei überhaupt nicht um den Celtic Tiger (den es, wenn man dem Schriftsteller Joseph

O'Connor Glauben schenkt, eh nie gegeben hat)*, sondern um den Sohn von Tiger Woods, Charlie Axel, der am 8. Februar 2009 das Licht der Welt erblickte. 14/1, dass der Sohn des Tigers die USA im Ryder Cup vertreten wird – 50/1, dass er vor 2050 eines der großen Turniere gewinnt.

Und bis dahin könnte sich ja auch die irische Wirtschaft wieder aufgerappelt haben. Auch wenn die Wettbüros da noch vorsichtiger sind....

* „There was never a Celtic Tiger, merely the belief that one existed.“

Joseph O'Connor, *The Guardian*, 6. Februar 2009

Eberhard "Paddy" Bort

Aktuelle Nachträge zum
Thema auf Seite 95 und 94



© Christoph Lammert